

Antrag

der Abgeordneten Bernd Reuther, Frank Sitta, Torsten Herbst, Dr. Christian Jung, Daniela Kluckert, Oliver Luksic, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Britta Katharina Dassler, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Thomas Hacker, Peter Heidt, Markus Herbrand, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Dr. Marcel Klinge, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Alexander Graf Lambsdorff, Ulrich Lechte, Till Mansmann, Dr. Jürgen Martens, Dr. Martin Neumann, Christian Sauter, Frank Schäffler, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Benjamin Strasser, Michael Theurer, Stephan Thomae, Dr. Florian Toncar, Dr. Andrew Ullmann, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Luftverkehrssteuer aussetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der internationale Verband der Fluggesellschaften (IATA) geht inzwischen davon aus, dass die Fluggesellschaften in diesem Jahr im Passagiergeschäft zwischen 63 und 113 Mrd. Dollar (bis 101 Mrd. Euro) an Umsatz verlieren werden (www.sueddeutsche.de/wirtschaft/luftverkehr-airline-verband-rechnet-mit-hoeheren-umsatzeinbuessen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200305-99-201004). Gleichzeitig plant die Lufthansa, die Kapazität von 150 Flugzeugen stillzulegen und Kurzarbeit anzumelden (www.airliners.de/lufthansa-flugplanreduzierungen/53998). Es ist also mit eklatanten Umsatzeinbußen zu rechnen, die weitreichende negative wirtschaftliche Folgen für Fluggesellschaften, Flughäfen und Passagiere haben werden. Besonders vor dem Hintergrund der jüngsten Insolvenzfälle von Fluggesellschaften sorgt die Situation für eine angespannte Stimmung in der Branche.

Aufgrund eines zu erwartenden Rückgangs auf der Nachfrageseite hat die FED bereits den Leitzins auf eine Spanne von 1,0 bis 1,25 Prozent gesenkt – und zwar um einen halben Prozentpunkt (www.tagesschau.de/wirtschaft/boerse/fed-leitzins-corona-101.html). Mit der Maßnahme soll ein möglicher Einbruch des Wirtschaftswachstums abgefedert werden. Das belegt, wie dramatisch die Lage für die Wirtschaft in der Folge des Corona-Virus werden kann.

Ab dem 1. April 2020 wird die Luftverkehrsteuer erhöht. Die Bundesregierung erhofft sich dadurch zusätzliche Steuereinnahmen in Höhe von 785 Mio. Euro (www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2019/0501-0600/515-19.pdf;jsessionid=7005DD902D8B973F0853C769B3DA8E59.1_cid365?__blob=publicationFile&v=1). Es ist davon auszugehen, dass eine derartige Erhöhung den Luftverkehr, als eine am stärksten vom Coronavirus betroffenen Branchen, weiter wirtschaftlich schwächen wird und Arbeitsplatzverluste bevorstehen. Der Vorsitzende der Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt im Deutschen Bundestag, Klaus-Peter Willsch, plädierte bereits in der Wirtschaftswoche für die Senkung der Luftverkehrsteuer. Dazu Klaus-Peter Willsch: „Die Erhöhung der Luftverkehrsteuer muss für mindestens ein Jahr ausgesetzt werden. Es ist grob fahrlässig und kurzsichtig, der deutschen Luftverkehrswirtschaft in dieser schwierigen Situation eine weitere Zusatzbelastung aufzuladen.“ (www.wiwo.de/my/unternehmen/dienstleister/hoehere-luftverkehr-steuer-trotz-corona-nicht-die-am-staerksten-betroffene-branche-abkassieren/25613896.html?ticket=ST-4922897-LXqpMOFYWNxBX2yztjw-ap5).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Erhöhung der Luftverkehrsteuer ab dem 1. April 2020 auszusetzen;
2. die Luftverkehrsteuer einer regelmäßigen Evaluierung zu unterziehen und dahin gehend anzupassen, dass das jetzige Einnahmenniveau von 1,2 Mrd. Euro nicht überschritten wird.

Berlin, den 10. März 2020

Christian Lindner und Fraktion

Begründung

Die Luftverkehrsteuer wurde Anfang 2011 aus Gründen der Etatsanierung eingeführt. Der damalige Verkehrsminister Ramsauer und sein Nachfolger, Alexander Dobrindt, sprachen sich bereits dafür aus, die Luftverkehrsteuer abzuschaffen. Seit ihrer Einführung ist die Steuer von ursprünglich 1 Mrd. Euro auf 1,2 Mrd. Euro in 2018 gestiegen. Gleichzeitig stiegen die Steuereinnahmen des Staates auf Rekordniveau.

Die Einführung der Luftverkehrsteuer widerspricht in ihrer jetzigen Form den Ankündigungen der Bundesregierung. Während im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD eine „Entlastung unserer Flughäfen und Luftfahrtunternehmen von einseitigen nationalen Kosten“ versprochen wurde, soll nun durch die Luftverkehrsteuer die Mehrwertsteuerreduzierung von 19 auf 7 Prozent bei der Bahn finanziert werden. Die Luftverkehrsteuer widerspricht somit den Ankündigungen der Bundesregierung und wird der Luftverkehrsbranche in Zeiten der Krise wirtschaftlich nachhaltig schaden und womöglich für Arbeitsplatzverluste verantwortlich sein.